

Energiekonzerne in die Schranken weisen

In einer Anfrage an den Magistrat will die DKP/LL-Fraktion wissen:

1. Wieviele Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt werden durch die ständigen Preissteigerungen der Energiekonzerne in ihrer Existenz getroffen?
2. In welchem Umfang haben Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt Probleme, die Kosten für Strom, Öl, Gas und Benzin für Heizung, Haushalt und Mobilität aufzubringen?
3. Ist dem Magistrat bekannt, wie viele Menschen in unserer Stadt schon einmal von einer Unterbrechung der Strom- bzw. Gaslieferung betroffen waren?
4. Bei wie vielen Mietern städtischer Wohnungen ist dies der Fall?
5. Rechnet der Magistrat bei weiteren Preiserhöhungen für Strom und Gas mit einer steigenden Zahl dieser Fälle und welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, dem entgegen zu wirken?
6. Wie viele städtische Wohnungen sind zurzeit noch mit elektrischen Nachtspeicherheizungen ausgestattet, und wie viele städtische Wohnungen sind unzureichend wärme- bzw. kältegedämmt?
7. In welchem Umfang trifft das für den Sozialwohnungsbestand in unserer Stadt zu?
8. Gibt es für diese Wohnungen einen Modernisierungsplan?

Es gibt viele Gründe für diese Anfrage, und es wird höchste Zeit, die Energiekonzerne in die Schranken zu weisen. Jeder spürt es an seinen eigenen

Ausgaben: Die Energiekosten klettern immer höher. Sie belasten die privaten Haushalte bereits seit Jahren und ein Ende ist nicht in Sicht. Die Verbraucher in Deutschland mussten bereits in den Jahren 2002 bis 2006 Preissteigerungen für Strom, Gas, Heizung und Kraftstoffe in Höhe von rund 28 Prozent verkraften. Bis Juli 2008 ist ein weiterer Aufschlag von geschätzten 21% dazugekommen. Auf der Basis der Zahlen von 2002 ergibt sich damit eine Steigerung um 55%. Gab der durchschnittliche Haushalt mit 2,1 Bewohnern im Jahr 2002 noch 172 Euro im Monat für die verschiedenen Energieträger aus,

waren es vier Jahre später schon 221 Euro. Bei unverändertem Energieverbrauch haben die staatlichen Statistiker für den Juli 2008 monatliche Kosten von 267 Euro errechnet. Ein Ende der Preisspirale ist nicht in Sicht: RWE und EnBW haben drastische Erhöhungen ihrer Gaspreise bereits angekündigt. Die Bundesregierung hat in der Energiepolitik versagt. Immer mehr Familien werden durch die teure Energie abgehängt". Man spricht von Sozialtarifen. Notwendig ist ein Verbot von Strom- und Gassperren bei Privathaushalten. Energiekonzerne gehören in Gemeineigentum, wie es die Hessische Verfassung vorsieht.

40 Jahre DKP

... die mit dem „blickpunkt“

PROGRAMM

Freitag, 26. September, 19 Uhr

Empfang und Eröffnung der Ausstellung „40 Jahre DKP in Mörfelden und Walldorf“ im Bürgerhaus

Samstag, 27. September, 20 Uhr

Geburtstagsfeier mit Musik, Kurzansprachen, Gesprächen und Ehrungen im Bürgerhaus

Sonntag 28. September, 10 Uhr

„Gedenkstätte KZ-Außenlager Walldorf“ Kranzniederlegung und Führung am „Historischen Lehrpfad“



LKW-Durchgangsverkehr

Anfrage der DKP/LL-Fraktion

Welche Maßnahmen gegen zunehmenden LKW-Durchgangsverkehr in Mörfelden sind möglich?

Ist dem Magistrat bekannt, dass zurzeit Anwohner der Rüsselsheimer Straße, Westendstraße und Langener Straße den gestiegenen LKW-Durchgangsverkehr beklagen?

Hat der Magistrat diesbezüglich verstärkte Kontrollen veranlasst?

Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat darüber hinaus, LKW-Durchgangsverkehr aus dem Bereich „Rüsselsheimer Straße, Westendstraße, Langener Straße“ fernzuhalten und die Einhaltung der angezeigten Umleitungsstrecke einzuhalten?

POST

Im Juli sind die Arbeitslosenzahlen mal wieder gestiegen. Einen guten Teil tragen dazu die angestellten Lehrer bei, die zu Ferienbeginn kurzerhand entlassen werden, um sie nach den Ferien wieder einzustellen. Dass unsere Regierungen den Raubtierkapitalismus in der Wirtschaft zu Lasten der Schwächeren nicht nur dulden, sondern durch einschlägige (Steuer-) Gesetzgebung auch noch fördern, ist schon schwer verständlich. Dass der Staat aber auch noch mit gutem (oder besser: schlechtem) Beispiel vorangeht, ist ein gewaltiger Skandal.

Was geht wohl im Kopf eines jungen Lehrers vor, der von seinem Arbeitgeber derart demotiviert auf die zukünftige Generation losgelassen wird? Und was gibt er davon wie weiter? zwi

Magistratspressekonferenz

Bürgermeister Becker hat der DKP mitgeteilt, dass der „blickpunkt“ nicht in den Presseverteiler der Stadt aufgenommen wird.

Die DKP/LL-Fraktion fragt:

Welche Zeitungen stehen zurzeit auf dem Presseverteiler der Stadt Mörfelden-Walldorf?

Wann und nach welchen Kriterien wurden sie in den Presseverteiler aufgenommen?

Werden alle Zeitungen zu den Pressegesprächen eingeladen und nehmen alle die Termine wahr?

Wie oft und mit welchen Themenschwerpunkten fanden im laufenden Jahr Pressetermine des Magistrats statt?

Wer legt die Themen fest?

Auf welcher Grundlage nehmen Pressevertreter an Betriebsbesichtigungen des Magistrats teil und schließt dies auch die Teilnahme an Informationsgesprächen mit den Geschäftsleitungen ein?

Welchen Zeitungen wurde bisher die Aufnahme in den Presseverteiler verweigert und aus welchen Gründen wurde so verfahren?

Wurde die Bitte der DKP Mörfelden-Walldorf, ihre Stadtzeitung „blickpunkt“ in den Presseverteiler der Stadt aufzunehmen, im Magistrat erörtert und wenn nein, warum nicht?

Rückschnitt angemahnt

Vor einem Jahr hat die Bahn AG einen gründlichen Rückschnitt der Brombeerhecken am Grenzzaun der Bahnanlage entlang der Reviolstraße vorgenommen. Auf Antrag der DKP/LL-Fraktion hatte der Magistrat darauf gedrängt. Im „blickpunkt“ schrieben wir damals unter „Geht doch“: „Hoffentlich hat man im Rathaus noch die

„Atomwaffenfreie Zone“

Antrag der DKP/LL-Fraktion

Zusatzschilder „Atomwaffenfreie Zone“ wieder anbringen

„Der Magistrat wird beauftragt, die Zusatzschilder „Atomwaffenfreie Zone“ an den Ortseingängen unserer Stadt wieder anzubringen.“

Begründung:

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, unsere Stadt symbolisch als „Atomwaffenfreie Zone“ zu erklären, gilt nach wie vor. In der Antwort auf eine Anfrage der DKP/LL-Fraktion an den Magistrat hieß es im April, die Entfernung der Zusatzschilder an den Ortseingängen sei nicht vom Magistrat veranlasst worden.

Insofern gehen wir davon aus, dass nichts dagegen spricht, entsprechende Zusatzschilder wieder anzubringen. Zumindest die nach wie vor aktuelle Diskussion über Atomwaffen, wer sie besitzen und damit drohen darf, macht nach unserer Überzeugung deutlich, dass es weiterhin notwendig ist, in dieser Frage klar Stellung zu beziehen. Das Bekenntnis „Atomwaffenfreie Zone“ ist dazu auch heute noch geeignet.

Wir erwarten, dass der Magistrat entsprechend handelt.

Tel.-Nr. der zuständigen Abteilung, damit man gleich einen Ansprechpartner hat, wenn die stacheligen Triebe wieder über die Straße wuchern.“ Jetzt ist es wieder so weit. Auf unseren Hinweis, die DB erneut aufzufordern, die Reviolstraße von Brombeeren freizuschneiden, hat die Stadtverwaltung mitgeteilt, das sei bereits erfolgt. Die Bahn hätte allerdings bisher nicht darauf reagiert.

Noch mehr Knete für Konzernbosse

Deutschlands Topmanager haben im vergangenen Jahr im Schnitt drei Millionen Euro „verdient“. Das Gehalt eines Vorstandsmitgliedes im Deutschen Aktienindex (DAX) erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 7,8% auf 2,93 Millionen Euro, wie die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) mitteilte. Die Vorstandsvorsitzenden der 30 DAX-Unternehmen erhielten durchschnittlich sogar 4,7 Millionen Euro.

Spitzenabsahner war erneut Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann mit knapp 14 Millionen Euro. Auf Platz zweilandete Daimler-Chef Dieter Zetsche mit 10 Millionen Euro, gefolgt vom Linde-Vorstandschef Wolfgang Reitzle mit knapp 8,1 Millionen Euro. Schlusslicht unter den 30-DAX-Vorstandschefs war Postbank-Chef Wolfgang Klein mit gut 1,5 Millionen Euro. Auch in der zweiten Börsenliga, dem M-DAX, verdienten die Vorstände üppig. Ein durchschnittliches Vorstandsmitglied kam auf 1,49 Millionen Euro, ein Anstieg um 8,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Topverdiener war Puma-Chef Jochen Zeitz mit 7,2 Millionen Euro vor Bernd Scheifele von HeidelbergCement mit 6,1 Millionen.

Die Vorstandsmitglieder der DAX-Unternehmen profitierten im vergangenen Jahr besonders von den steigenden Gewinnen der Konzerne, die um fast 18% zulegten.

Im internationalen Vergleich lagen Deutschlands Topmanager in der Spitzengruppe. Das sollte man nicht vergessen. Denn überall werden Arbeitsplätze abgebaut. Aktuell gerade auch bei Neckermann in Frankfurt. Eine „Heuschrecke“ hat sich dort niedergelassen. Personalkostensenkungen, Entlassungen und verbrannte Erde bleiben zurück.

Die Wut und Enttäuschung der Kolleginnen und Kollegen, die die Fehlentwicklungen der Neckermann-Gruppe in den letzten Jahren erneut mit dem Verlust Ihrer Arbeitsplätze bezahlen müssen, verstehen wir gut. Ihnen und anderen gehört unsere volle Solidarität.

40 Jahre DKP in Mörfelden und Walldorf



Liebe Leserin, lieber Leser,

im September feiert die DKP Mörfelden-Walldorf ihr 40jähriges Bestehen. Wenige Tage nach der Neukonstituierung der Deutschen Kommunistischen Partei erklärten Mörfelder Kommunistinnen und Kommunisten ihre Zustimmung zu diesem Schritt und bildeten einen Ortsausschuss. Es war einer der ersten in unserem Land. In Walldorf erfolgte dieser Schritt wenig später. Nach über 12 Jahren Verbot gab es in der Bundesrepublik Deutschland und in unserer Stadt wieder eine legale Kommunistische Partei. Für viele, die trotz Verbot politisch aktiv geblieben waren, ein wichtiger Schritt, der das Eintreten für Frieden und Abrüstung, Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Völkerverständigung und Sozialismus wieder offen möglich machte, wobei der „kalte Krieg“ bis heute seine Auswirkungen hat, was die Art und Weise der politischen Auseinandersetzung mit Kommunisten in unserem Land betrifft.

In unserer Stadt gab es von Gründung an Kommunisten im Parlament. Die SDO (Sozialistische Demokratische Opposition) - ein Wahlbündnis, bei dem Kommunisten aktiv mitarbeiteten - wurde 1968 von 9,6% gewählt und bekam 2 Sitze. Seit 1977 - mit einer Unterbrechung von 1985/89 - hat die DKP in Mörfelden-Walldorf Stadtverordnetenmandate und ist im Magistrat der Stadt vertreten. Heute mit fünf Sitzen (11,6%) für das Wahlbündnis DKP/Linke Liste, in dem Mitglieder von DKP und Linkspartei mit parteilosen Linken zusammenarbeiten.

Seit 1968 setzen wir uns im Parlament und außerparlamentarisch für die Interessen der „kleinen Leute“ ein, der „blickpunkt“ ist dabei seit 1969 das wichtige Bindeglied zu den Einwohnern unserer Stadt. In diesen 40 Jahren haben wir mit unzähligen Veranstaltungen und Aktionen zu politischen Themen - immer auch über den örtlichen „Tellerrand“ hinaus - Stellung genommen.

Am letzten Wochenende im September wollen wir unseren „Geburtstag“ feiern. Dazu laden wir alle herzlich ein, die mit uns in den vergangenen 40 Jahren für politische Veränderungen in unserer Stadt und in unserem Land eingetreten sind. Dazu erwarten wir auch Gäste aus den Partnerstädten Vitrolles, Wageningen und Torre Pellice.

Wir freuen uns auf alle, die zu uns kommen und rechnen auch mit Überraschungsgästen.

Mit freundlichen Grüßen

Gerd Schulmeyer

Vorsitzender der DKP Wohngebietsgruppe Mörfelden-Walldorf

P.S.: Statt Geschenken freuen wir uns über Spenden für den „blickpunkt“

Ortsausschuß Mörfelden der Deutschen Kommunistischen Partei gegründet

Am 29. September 1968 wurde in Mörfelden von 21 Versammelten ein Ausschuß für die Neukonstituierung der „Deutschen Kommunistischen Partei“ gebildet. Damit erhalten erstmals nach 12 Jahren Mörfelder Bürger mit kommunistischer Weltanschauung ein legales politisches Betätigungsfeld.

Der Ortsausschuß Mörfelden der DKP ruft alle Sozialisten und Marxisten auf, sich in dieser Partei zusammenzuschließen. Wir werden es in diesem Staat nicht leicht haben. Aber es ist gerade jetzt notwendig, gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Sozialdemokraten, mit Liberalen und Christen der immer stärker werdenden Rechtsentwicklung entgegenzuwirken. Die NPD darf nicht durchkommen. Es darf kein zweites 1933 geben!

Ausschuß für die Neukonstituierung einer Deutschen Kommunistischen Partei Mörfelden, i. A. Rudi Hechler.

Auskünfte erteilt: Rudi Hechler, 6082 Mörfelden, Hochstraße 22

„Freitags-Anzeiger“, 7. 10. 1968

Vor 40 Jahren, am 29. September 1968, wurde in Mörfelden die DKP gegründet. Kurze Zeit später bildeten auch in Walldorf Kommunisten ihre neue Partei.

Vor allem in Mörfelden hat die kommunistische Arbeiterbewegung Tradition. Vor 1933 gab es in dem Mauerdorf den ersten kommunistischen Bürgermeister in Hessen. Bei der Reichspräsidentenwahl am 13. März 1932 erhält Ernst Thälmann 1737 Stimmen, Hindenburg 850 und Hitler 264. Das Dorf wurde bekannt, und lange trauten sich die Nazis nicht hinein. Aber dann wehte doch das Hakenkreuz auf dem Rathaus und aus dem Dorf, es hatte gerade mal 5000 Einwohner, schleppten die Nazis vor 75 Jahren 70 KPD-Genossen nach Osthofen ins KZ. Anna Seghers hat dem Lager mit dem Buch »Das siebte Kreuz« ein bleibendes literarisches Denkmal gesetzt.

Neubeginn

1945 zogen hier, wie an vielen anderen Orten, Kommunisten und Sozial-

demokraten den Karren aus dem Dreck.

Doch bald war kalter Krieg. 1951 wird die FDJ verboten, am 17. August 1956 die KPD.

Aber die Kommunisten kandidierten trotzdem für das Kommunalparlament, wurden auch gewählt unter Namen wie »ELAS« (Einheitsliste aller Schaffenden) oder »SDO« (Sozialistische Demokratische Opposition). Und sie wurden verfolgt: Verhöre, Anklagen, Verbote.

Viele können sich nicht mehr hinein-denken in diese Zeit. Viele wissen nichts von den 500.000 Ermittlungsverfahren und die 35.000 Urteile gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland. Das ist Geschichte, die aber dazu gehört, wenn man über Kommunisten berichtet.

Die DKP wird gegründet

Am 25. September 1968 konstituierte sich in Frankfurt die DKP, wenig später die DKP in Mörfelden. In der ersten öffentlichen Erklärung der örtlichen DKP heißt es: »Es ist gerade jetzt not-

wendig, gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Sozialdemokraten, mit Liberalen und Christen der immer stärker werdenden Rechtsentwicklung entgegenzuwirken.«

Eine Art Motto, das bis heute auch über unserer Kommunalpolitik steht. Wie wird es umgesetzt?

In unserer Stadt gäbe es ohne die DKP im Parlament mit Sicherheit keine Gedenkstätten für die Opfer des Faschismus. Aber - es gibt einen Gedenkstein am Waldrand für ein ehemaliges KZ-Außenlager, in dem 1700 ungarische Jüdinnen drangsaliert wurden, einen Gedenkstein für die ehemalige Synagoge in Mörfelden, einen Gedenkstein für die Opfer des NS-Regimes auf dem Friedhof, einen Salvador-Allende-Platz, eine Thälmannstraße, ein Straßenschild für ermordete jüdische Geschwister aus Walldorf, Stolpersteine für unsere verfolgten und ermordeten jüdischen Familien und ein Denkmal für die Bauarbeiter des Volkshauses.

Das war aber meist nie mit unseren entsprechenden Anträgen im Parlament getan, da gab es jeweils eine außerparlamentarische Begleitung und manchmal war eine lange Kampagne nötig.

Unsere Zeitung

Ein wichtiges Instrument, um außerparlamentarischen Druck überhaupt entwickeln zu können, ist unsere Stadtzeitung »blickpunkt«.

Sie erscheint seit 1970 monatlich, hat heute eine Auflage von 14.500 Exemplaren und ist - der ehemalige Bürgermeister pflegte sich bisweilen so auszudrücken - »eine Institution«. Ohne diese Zeitung gäbe es im 45köpfigen Stadtparlament keine fünf DKP/Linke Liste-Stadtverordnete und einen ehrenamtlichen Magistrat.

Parlamentsarbeit

Bei der Kommunalwahl im März 2006 erhielt die DKP/Linke Liste 11,6%, ein Jahr später bekam der DKP/LL-Kandidat Gerd Schulmeyer bei der Bürgermeisterwahl (es gab 5 Kandidaten) 11,9% der Stimmen (im Stadtteil Mörfelden waren es 16,5%) - in einigen Wahlbezirken lag er über 20%. Wenn man fragt, was kann man als

Kommunist oder Sozialist in einem Kommunalparlament unserer Größenordnung machen, dann fallen uns immer wenige Sätze ein:

1. Alles tun für die »kleinen Leute«. Man muß jeden Anruf beantworten. Man hat sich um jeden »Kanaldeckel« zu kümmern.

2. Man kann und muß das kleinste Parlament als Tribüne nutzen. Die Presse ist da, also sagen wir, warum kein Geld da ist. Man muß Friedenspolitik machen, antifaschistische Politik.

3. Man muß das »Sitzungsgeld« verwenden, um »Druck« zu machen.

4. Man darf nicht »abrutschen« und nur noch an der Kommunalpolitik hängen.

Schwächen und Stärken

Wie bei den meisten Organisationen gibt es auch bei uns heute wenig Junge, die nachrücken. Die Kraft reicht z.Zt. nicht für große Grillfeste und verschiedenes mehr.

Trotzdem gab und gibt es viele Erfolge. Zum Beispiel im sozialen Bereich. Wir konnten kürzlich einen Stadtpass durchsetzen - unser langer Einsatz für eine neue Sporthalle, für Fahrradwege trägt Früchte.

Neben Wählerstimmen gibt es auch Erfolge die man nicht auf den ersten Blick sieht. Nennen wir es ein »linkes, offenes Klima« in unserer Stadt.

Das Jahr 1989 und danach

Jahrelang wurden Mitglieder der KPD in der Bundesrepublik Deutschland verfolgt und in die Zuchthäuser geworfen. Es waren oft dieselben Menschen, die 11 Jahre vorher aus den Konzentrationslagern Hitlers kamen. Über diesen Teil der BRD-Geschichte redet hier kaum jemand. Dafür aber über die Fehler in der DDR.

Wir bekennen uns zu unseren Fehlern und verlorenen Hoffnungen.

Wir hatten eine prinzipielle Solidarität mit der Sowjetunion, der DDR, geboren aus unserer Achtung vor dem entscheidenden Beitrag der Sowjetunion zum Sieg über den Hitlerfaschismus. Wir wussten immer, daß der Imperialismus alles unternehmen würde, die historische Entwicklung

zurückzudrehen. Das führte oft dazu, Probleme des entstehenden Sozialismus oft zu übersehen. Wir idealisierten den erreichten Entwicklungsstand der sozialistischen Länder, erklärten ihre Gesellschaft zum »entwickelten Sozialismus«, wollten Demokratiedefizite nicht sehen.

Der Zusammenbruch der UdSSR, die Einverleibung der DDR hat uns Kommunisten schwer getroffen. Für manche ist eine Welt zusammengebrochen. Aber sind damit die Gründe weggefallen, die 1968 zur Konstituierung der DKP führten?

Eine ganze Reihe von Genossinnen und Genossen sind damals ausgetreten, aber nicht »weggetreten«. Sie helfen uns heute in vielen Bereichen, bleiben uns nahe.

Gegen Neonazis und Rechtstendenzen

Wir sind 1968 angetreten gegen Rechtsentwicklung und neofaschistische Gefahr. Wer kann angesichts des Aufflammens des neofaschistischen Terrors und allseitiger Rechtsentwicklung in unserem Land behaupten, dass heute eine DKP weniger wichtig wäre als 1968?

Im letzten Januar versuchte die NPD in der Stadt Fuß zu fassen, es gab eine breite Abwehr von Bürgerinnen und Bürgern, der Magistrat der Stadt rief zu Gegenkundgebungen auf. Wir waren dabei.

Das brutale Gesicht des Kapitals

Jeden Tag erleben wir: Das Kapital zeigt sein brutales Gesicht. Nach der Restauration der alten Besitz- und Machtverhältnisse in der ehemaligen DDR hat man bei uns viele soziale und demokratische Errungenschaften abgebaut. Kann man da auf unterschiedene antikapitalistische Politik verzichten?

Wir meinen: Für eine marxistische Partei, die frei von Dogmatismus ihre schöpferischen Kräfte entfaltet, sich einschaltet in die Tageskämpfe und zugleich die sozialistische Zukunft mit dem Tageskampf verbindet, gibt es in diesem Land mehr zu tun als zuvor. Die Frage bleibt, wie macht man es richtig.

Auf die Frage, ob die Traditionen der Arbeiterbewegung heute wohl eher in der DKP oder in der Partei Die Linke gewahrt sind, gibt es Diskussionen. Viele bescheinigen der DKP, als einzige politische Kraft diese Tradition konsequent weiterzuführen.

Ich meine: Man muß sich der Unterschiede bewußt sein und die Gemeinsamkeiten herausstellen.

Die DKP ist Teil der Linken - mit vielen Erfahrungen in den Auseinandersetzungen mit dem herrschenden kapitalistischen System.

Die Linkspartei und wir

Wir haben bei vergangenen Wahlen für die Linkspartei geworben.

Wir freuen uns, dass in Hessen Koch abgestraft wurde und die Linkspartei in den Landtag einzog.

Wir müssen uns nach heutigen Stand auf ein langes Miteinander und Nebeneinander der DKP und der Linkspartei einrichten.

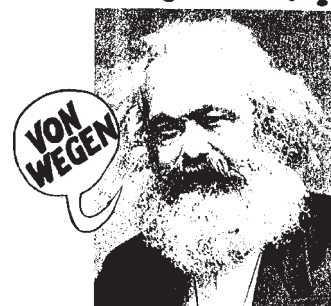
In der DKP/LL-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung ist auch ein Vertreter der Linkspartei, Sprecher der dreiköpfigen Kreistagsfraktion der LINKE. Offene Liste ist ein DKP-Mitglied. Die Praxis belegt: es geht! Wir wollen die DKP entwickeln, die Linkspartei will stärker werden. Gegenseitiger Respekt, Erfahrungsaustausch und gemeinsame Aktionen sind notwendig.

Angesichts der Auswirkungen des entfesselten Kapitalismus, angesichts Millionen Arbeitsloser, sind antikapitalistische Antworten und Auswege nötig. Unsere »Klassiker« werden noch lange als Ratgeber gebraucht. Wir sollten uns so verhalten, dass linke Politik sich entwickelt und sich nicht gegenseitig behindert.

Für diese unsere Überzeugung treten wir ein.

Rudi Hechler

MARX IST TOT?



Ein Schritt in die Zukunft

Nun hat die SKV-Mörfelden, nach der Modernisierung des Sportstadions mit neuer Tartanlaufbahn im Jahre 2001, die Möglichkeit ein zweites Großprojekt in Angriff zu nehmen. Am 7. August stimmte die überwiegende Mehrheit der Anwesenden einer zu diesem Thema einberufenen Mitgliederversammlung dem Bauvorhaben zu. Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres soll mit dem Bau einer neuen Zweifelhalle inklusive Fitness-Studio sowie Gymnastikräumen begonnen werden. Der Vorsitzende des Vereins, Richard Krichbaum, bezeichnete das Ergebnis der Versammlung als einen Schritt in die Zukunft. Gemäß einer Präsentation des Projekts und des Finanzierungsplanes sind die Gesamtkosten auf 2,5 Millionen Euro kalkuliert. Im Wesentlichen haben sich die Zuschüsse gegenüber unserem Bericht vom Januar kaum verändert. Der Kreis bezuschusst den Neubau mit 900.000 Euro, d.h. nur mit der Summe, die er für eine neue Schulturnhalle hätte ausgeben müssen (die alte, marode Halle der Bgm.-Klingler-Schule muss abgerissen werden). Dafür wurde für die neue SKV-Halle

eine Schulnutzung vereinbart. Der Zuschuss der Stadt beträgt nach neuesten Angaben gemäß der Zuschussrichtlinien 432.000 Euro, leider gestreckt auf 10 Jahre. Das Land Hessen gab eine Zusage von 200.000 Euro. Hinzu kommen noch kleinere Zuschüsse z. B. vom Landessportbund (13.000 Euro), vom Kreis für Fitness-Studio (15.000 Euro). Den Rest muss der Verein mit seinen Abteilungen alleine schultern und auch in Zukunft die vorab kalkulierten Betriebskosten von 143.700 Euro. Um dies alles realisieren zu können und um die Mitgliederzahl zu steigern, müssen neue Wege beschritten werden. Der derzeitige Zustand wurde den Mitgliedern klar vor Augen geführt und lautet: „Hallenkapazität erschöpft – Wartelisten bei verschiedenen Abteilungen – Wunsch nach zeitlich flexibleren Sportangeboten – Mitgliederschwund“. Zu den neuen Wegen gehört u. a. auch die Ausweitung des Kursangebotes hin zum Bereich Präventiv- und Gesundheitssport, das geplante Fitness-Studio und die Einrichtung einer Kindersportschule nach dem Kiss-Konzept.

Diese neuen Wege bringen durch neue Mitglieder und evtl. Zusatzbeiträge nicht nur mehr Geld in die Kassen des Vereins, sondern lassen auch die Ausgaben ansteigen, z. B. durch die Einstellung zusätzlicher qualifizierter Übungsleiterinnen und Übungsleiter. Hinzu kommen die bereits genannten Betriebskosten, die heute bei laufend steigenden Energiepreisen kaum voraus zu sehen sind. Die DKP Mörfelden-Walldorf und ihre Stadtverordnetenfraktion hat schon sehr früh die Wünsche des Vereins und der Sporttreibenden nach einer neuen Turnhalle aufgenommen und diese auch, ähnlich wie bei der Modernisierung des Waldstadions, im Stadtparlament in Form von Anträgen eingebracht. Leider zieht sich die öffentliche Hand, sprich Stadt, Kreis und Land von Aufgaben dieser Art immer mehr zurück und überlässt diese den Vereinen. Sie meint, mit Zuschüssen, die oft noch nicht die Hälfte der Baukosten betragen und zum Teil in 10 Jahresraten erfolgen, ihre Pflicht erfüllt zu haben. Trotzdem ist dem Verein und allen Mitgliedern zu wünschen, dass der Schritt in die Zukunft mit dem Bau des neuen „SKV-Zentrum Sport und Gesundheit“ gelingt.

Heinz Hechler

Mehr bezahlen für „Sperrmüll auf Abruf“?

Der Stadtverordnetenversammlung liegt ein Antrag der Verwaltung mit umfangreicher Begründung vor, nach dem im nächsten Jahr eine Bürgerbefragung entscheiden soll, ob die Sperrmüllsammlung auf ein Abrufsystem umgestellt wird. Entsprechende Änderungen der Gebührensatzung für 2010 werden angedeutet. Im Anhang der Brief eines Ehepaars, das für die Anwohner des Wohngebiets „An den Eichen“ „unzumutbaren Mülltourismus-vornehmlich aus dem osteuropäischen Ausland“ beklagt und beantragt, das bestehende Sperrmüll-System zu ändern. Sicher fühlen sich auch in anderen Wohnlagen gelegentlich Bürgerinnen und Bürger gestört, wenn „Sperrmüll“ ist und im bereitgestellten Abfall nach

Brauchbare gesucht wird. Die CDU drängt schon länger auf einen Sachbericht zu diesem Thema. Aber rechtfertigen kaum verbrämte Ausländerfeindlichkeit und die Absicht, der CDU den Wind aus den Segeln zu nehmen, diesen Antrag?

Schauen wir uns die Sache mal in Ruhe an. Aufgrund weniger klarer Zahlen und vieler Unsicherheiten fasst der Erste Stadtrat in der Begründung zusammen: „Sperrmüll auf Abruf“ wird die Fahrten sogenannter Sperrmülljäger durch Wohngebiete nicht abschaffen, die genannte „optimierte Serviceleistung“ ist „wirtschaftlich vertretbar im eigenen Haus voraussichtlich nicht umsetzbar“, aufgrund der aufwendigeren Abwicklung und

dem möglichen Mengenanstieg werden höhere Kosten erzeugt und die Möglichkeit der Verwertung von Sperrmüll verringert. Ein umfassender Sachbericht oder Zwischenbericht zum Thema ist die vorliegende Drucksache samt ihrer Begründung nicht. Bei vernünftiger Betrachtung spricht eigentlich alles gegen „Sperrmüll auf Abruf“. Trotzdem wird im Antrag diese Mogelpackung und eine

**Herzlichen Dank allen,
die dem »blickpunkt« helfen.
Jeder Euro hilft, die Zeitung
zu erhalten!**

**Das „blickpunkt“-Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto 9003419,
BLZ 50852553**

Gemeinsam gegen den Flughafenausbau



Leben im Hüttendorf. Das Richtfest für die BI-Informationshütte wurde gefeiert. Der Schriftsteller Peter Härtling las aus seinem Werk.

„Bürgerbefragung“ angekündigt. Man munkelt, dass die nur in ausgesuchten Wohngebieten stattfinden soll, damit ein positives Ergebnis für ein neues Abholssystem herauskommt, an dem die Verwaltung wohl ein Interesse hat. Etwaige Gebührenerhöhungen, die dann auf alle Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt zukommen, werden nur angedeutet.

Die DKP/LL-Fraktion wird diesen Antrag ablehnen. Wir halten Müllvermeidung für notwendig und manches Stück Abfall hat einen Wiederverwendungswert. Wer hat nicht selbst schon einmal etwas Brauchbares gefunden, was der Nachbar zur Abholung an den Straßenrand gestellt hat? Die Sperrmüllabfuhr in unserer Stadt hat sich seit Jahren bewährt, wir sollten sie beibehalten. RD/GS

Waldwirtschaftsplan 2008

Mancher wird sich erinnern an die letztjährige Diskussion um den Waldwirtschaftsplan. Schon allein der Begriff „Waldwirtschaft“ bedeutet, dass der Wald heute vor allem als Wirtschaftsgut angesehen wird und Gewinn angestrebt werden soll. Dieses Ziel wird aber seit vielen Jahren nicht erreicht und ist auch falsch.

Die sich wandelnde Umwelt, mit verursacht durch das Abholzen großer Flächen für Verkehr und Wirtschaft, das Ansteigen der Luftschadstoffe, sind Fakten.

Der Waldzustandsbericht, der eigentlich Waldschadensbericht heißen müsste, gibt ein beredtes Zeugnis und Anlass zur Besorgnis. Ein Umdenken in Sachen Waldbau ist eine

Notwendigkeit im Interesse der Menschen, die hier leben. Es gilt den Wald zu erhalten, ihn gesunden zu lassen und wo möglich zu vergrößern. Notwendige Kosten für die Pflege sind aufzubringen. Wir wollen einen Erholungswald und keinen Wirtschaftswald, der überwiegend nach Marktesichtspunkten bewirtschaftet wird.

Im letzten Jahr hat unsere Fraktion dem Waldwirtschaftsplan in der Hoffnung zugestimmt, dass aufgrund der Beratungen in den Ausschüssen ein Umdenken einsetzen würde, das sich dann im nächsten „Waldwirtschaftsplan“ niederschlägt. Doch nun müssen wir feststellen, dass es nur ein „Weiter so“ gibt, das in fortgesetztem Einschlag besteht, wobei sich die Menge und Qualität des Holzes an der Marktlage orientiert. Dem können wir nicht zustimmen. R. D.

Stadtgeschichten



„Unser erster Schulgang“ steht auf der neuen Schiefertafel am Hoftor zwischen den beiden Walldorfer Buben. Die Einschulung der Kinder war auch schon im Jahre 1908, als dieses Foto entstand, für die Kleinen ein großer Tag. Sie wurden von ihren Eltern, sofern diese es sich leisten konnten, herausgeputzt und bekamen ihre Sonntagskleider an. Obsiesich darin wohlfühlten, lässt sich nicht mehr klären. Matrosenanzüge waren für die Buben damals Mode, obwohl die Kopfbedeckung des einen, links auf dem Bild, recht ungewöhnlich war. Dies ließ sich aber klären: Er hieß Fritz Kuppinger und seine Eltern hatten in Frankfurt ein Hutgeschäft. Der Name des anderen Jungen ist leider nicht bekannt.



Bis zum Jahre 1863 hatte die Walldorfer Volksschule nur eine Klasse, in der alle Schüler unterrichtet wurden. Im Jahre 1884 wurde die Waldenser-Schule eingeweiht und es gab für die 250 Kinder drei Schulsäle und drei Lehrer. Für 70 Kinder unterschiedlichen Alters gab es einen Klassenraum. 1897 wurden zwei weitere Schulräume angebaut und schon 1909 musste wegen stark steigender Schülerzahl, bei 2442 Einwohnern gab es über 500 Schüler, das nächste Schulgebäude in der Waldstraße gebaut werden. Erstmals konnte jeder Jahrgang separat in einem Klassenzimmer unterrichtet werden (s. Chronik Walldorf). Die Prügelstrafe war noch gang und gäbe und der Rohrstock traf bei den Buben oft schon bei Geringfügigkeiten das Hinterteil. Die Mädchen mussten zur Strafe mit den Fingern „Pfötchen“ machen, worauf der Lehrer den Stock sausen ließ. Ob das die beiden auf dem Foto schon ahnten?

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden



KuBa

5 Jahre KuBa

12. – 14. September

Freitag, 12. September

„Granaten des Deutschen Geistes“
mit Jürgen Roth

Beginn: 20 Uhr

Eintritt: 5,- Euro, erm. 3,- Euro

Samstag, 13. September

Party: 5 Jahre KuBa mit DJ Al-X und
DJ Sankathi

Beginn: 21 Uhr - Eintritt 3 Euro

Sonntag, 14. September

Kaffee, Kuchen und Sekt

Beginn: 16 Uhr

Unser Lexikon

Schbrisch

Was wollt ehr
dann, ehr Buwe?

En Schoppe Woi.

Als erinn, ehr Borsch!